

Hart umkämpfter Flüchtlingsbeschluss im Unnaer Rat – „Es ist einfacher, emotional zu diskutieren“

Von
Redaktion

7. März 2020



Symbolbild Rettungsring, Seenotrettung - Quelle

Pixabay

„Es ist ungleich einfacher, in dieser schwierigen Sache emotional zu diskutieren. Bitte aber auch die andere Seite sehen.“

Die „andere Seite“ waren die Sachargumente. Nüchterne (und damit zwangsläufig emotionslose) Fakten **gegen** eine zusätzliche freiwillige Aufnahme Geflüchteter durch die Stadt Unna, auch gegen die Aufnahme von nur bis zu fünf Minderjährigen aus den griechischen Flüchtlingscamps, in denen, was bekannt ist, großes Elend herrscht.

Darum ging es am Donnerstag, 5. 3., abschließend in der Unnaer Ratssitzung. Vorab: **Der Antrag des Integrationsrates wurde mehrheitlich angenommen.**

Dafür stimmten:

- SPD
- Grüne
- Die Linke
- die fraktionslosen Ex-Sozialdemokratinnen Bärbel Risadelli und Ingrid Kroll
- sowie Werner Kolter, der seine Bürgermeisterstimme einbrachte.

Dagegen stimmten:

- CDU
- FLU
- FDP.

Angenommen mit 26 zu 15 Stimmen.

Die vorangehende politische Debatte verlief zwar erneut emotional, anders als in der Hauptausschusssitzung in der Woche zuvor diesmal jedoch fast ausnahmslos fair. Das konnte indes auch den ungewöhnlich drangvollen Zuhörerrängen geschuldet sein: Rund zwei Dutzend Jugendliche vom **Ernst-Barlach-Gymnasium Unna (EBG)** verfolgten die Ratssitzung aufmerksam lauschend im Rahmen eines „Planspiels Kommunalpolitik“.



Jugendliche Zuhörerschaft vom EBG Unna. (Foto RB)



So voll wie kaum jemals zuvor war der Ratssaal. (Foto RB)

Persönlich und unsachlich wurde diesmal nur ein einziger Ratsvertreter, und zwar Sacit Soyubey.

Der Ratsherr der Grünen erklärte am Ende aller Redebeiträge zunächst, er sehe es als eine selbstverständliche Pflicht an, hier im Besonderen auch Griechenland zu helfen, ganz abgesehen von der humanitären Pflicht.



Sacit Soyubey (Die Grünen). Foto c/o Die Grünen Unna

Und dann fügte er an: „Ich bin froh, dass hier bei allem anderen auch Menschlichkeit spürbar ist. Ich frage mich ganz ehrlich, ob hier bei meinen Vertretern zur linken Seite“ (er wies abschätzig auf CDU, FLU und FDP), „ob bei denen künstliche Intelligenz im Spiel ist oder was.“ Eine Bemerkung, die statt Applaus eher Kopfschütteln nach sich zog, auch bei den jungen Zuhörern auf den Rängern.

Auf Kopfschütteln stieß außerdem ein Vergleich Klaus Tibbes (SPD), der zur Aufnahme von Kindern aus den griechischen Inselcamps folgende Parallele zog: Der Widerstand gegen diese Aufnahme wolle ihm nicht in den Kopf. Denn „jeder, der ein ertrinkendes Kind aus der Ruhr rettet, wird als Lebensretter gefeiert!“



Klaus Tibbe, SPD. (Foto: SPD Unna)

Vielleicht – wahrscheinlich – war es Tibbe in diesem Moment nicht bewusst, dass wenige Wochen zuvor tatsächlich ein Kind ertrunken in der Ruhr gefunden worden war, die autistische 10-jährige Lia, nach sechstägiger verzweifelter Suche. Sein Vergleich hinterließ jedenfalls für die, die diese vergebliche Lebensrettung noch vor Augen hatten, einen bitteren Beigeschmack.

Vor den politischen Stellungnahmen warb **Ksenija Sakelsek als Vorsitzende des Integrationates** noch einmal um ihren Antrag.

„Es geht um zusätzlich einige Flüchtlinge, einige junge Flüchtlinge“. Zwar bestimme nicht die Stadt, sondern die Bundesregierung über die Rechtmäßigkeit solcher Aufnahmen. „Aber

Sie können als Rat die Verwaltung dazu ermächtigen, Druck zu machen. Wir weisen mit Blick auf die demografische Entwicklung darauf hin, dass auch wir in Unna junge Menschen brauchen. Und das kostet uns auch als Stadt Unna nichts, nur die Personalkosten, aber Personal für diese Jugendlichen haben wir. Alle anderen Kosten werden uns zu 100 Prozent erstattet.“

Diese Aussage **stimme so nicht, stellte Beigeordneter Dirk Wigant** auf Bitte von Klaus Göldner (FLU) richtig.



Dirk Wigant, Beigeordneter der Stadt Unna. (Foto RB)

Die volle Bezuschussung von Land und Bund für unbegleitete Minderjährige (UMF) beziehe sich ausschließlich auf die regular zugewiesenen Menschen. „Es ist eine Forderung der ‚Seebrücke‘, diese Bezuschussung auszuweiten.“ Inwieweit sie Erfolg habe, sei offen. Zumal der Bundestag just am Vorabend der Ratssitzung mit großer Mehrheit einen Antrag der Grünen abgelehnt hatte, 5000 Minderjährige aus den griechischen Flüchtlingslagern aufzunehmen.

Günter Schmidt (FDP) hielt sich kurz, er wiederholte seine Argumente aus der Hauptausschusssitzung: Es gebe zweifellos leider viel Elend auf der Welt, auch auf den griechischen Inseln mit ihren Flüchtlingslagern. „Städte, die diese Hilfe leisten können, sollen sie leisten!“ Unna aber habe gerade im Moment so gravierende Haushaltsprobleme, dass die FDP eine Zustimmung zu diesem Antrag mit Blick auf die Belastungen der Bürger nicht verantworten könne.

Für die Freie Liste Unna (FLU) warnte Klaus Göldner eindringlich davor, die Nichtbefürworter weiterer freiwilliger Flüchtlingsaufnahmen „ins moralische Abseits“ zu stellen, wie es in und nach der Hauptausschusssitzung geschehen sei.



Klaus Göldner, FLU. (Foto FLU)



Rudolf Fröhlich, Fraktionsvorsitzender der CDU Unna. (Foto RB)

Ebenso wie nach ihm Rudolf Fröhlich (CDU) kritisierte Göldner massiv die verkürzte Wiedergabe der FLU- und CDU-Reden im Hellweger Anzeiger und einer daraus resultierenden Flut „teils ehrenabschneidender, persönlich angreifender“ Leserbriefe am vergangenen Samstag. „Wenn wir nicht lernen, auch über solch brisante Themenbereiche sachlich zu diskutieren, wird es viele Menschen geben, die ihre Meinung nicht mehr öffentlich äußern. Diese werden dann zunehmend ihren Unmut in der Wahlkabine dokumentieren“, warnte der FLU-Chef.

- [Göldners und Fröhlichs Reden finden Sie HIER im Wortlaut.](#)

Charlotte Kunert, Vorsitzende der Grünen, sagte, sie könne sich kurz fassen; „ebenso wie in der Hauptausschusssitzung tun mir auch jetzt gerade wieder solche Argumente geradezu körperlich weh. Es gibt mit Unna zusammen 138 Städte, die sich in diesem Bündnis für freiwillige Aufnahmen bereit erklären. Ein sicherer Hafen, eine humanitäre menschliche Geste. Jedes Menschenkind, das wir hier aufnehmen, ist jeden Cent wert.“



Charlotte Kunert, Fraktionschefin der Grünen Unna- (Foto RB)



Petra Ondrejka-Weber, Vorsitzende der Fraktion Die Linke im Unnaer Stadtrat. (Foto: Ondrejka-Weber)

Die **Linken-Fraktionschefin Petra Weber** schloss sich an, aus Menschlichkeit und Mitgefühl werde man diesem Antrag „aus vollem Herzen zustimmen“.

Der emotionalste Redebeitrag, der auch auf den größten Beifall stieß, kam vom **SPD-Fraktionsvorsitzenden Bernd Dreisbusch**. Er hatte die Antragsgegner am 27. 2. in der Hauptausschuss-Debatte in einem emotionalen Frontalangriff der Unmenschlichkeit bezichtigt.



Bernd Dreisbusch, seit 1. Juli 2019 Vorsitzender der SPD-Fraktion Unna. (Foto: SPD Unna)

„Ich bin angehalten worden, heute sachlich zu sein. Aber bei diesem Thema kann ich das nicht! Tut mir leid!“

Diesen Kinder, die da im Elend in den Lagern auf den griechischen Inseln hausen: „ICH könnte diesen Kindern NICHT sagen, nee, wir können euch nicht retten, wir haben dazu nicht das Geld! – Eine gesamteuropäische Lösung, ja, die wünschen wir uns doch alle! Aber es ist keine solche Gesamtlösung in Sicht! Und natürlich können wir nicht die Welt retten!“ Aber, so fragte Dreisbusch, wenn man immer so argumentiere, wo fange man dann mit Hilfe an?

„Es geht um bis zu 5 Kinder“, beharrte er. Und dass sich nur 138 Städte diesem Rettungsbündnis angeschlossen hätten, sei für ihn völlig irrelevant: „Und wenn Unna die einzige Stadt wäre, ich wäre trotzdem dafür!“

Er erinnerte an den Vietnamkrieg und das Jahr 1978, als Niedersachsens Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) im Alleingang 1000 „Boat People“ aufnahm. „Wieso können wir da nicht heute – gemeinsam – diese geringfügige Aufnahme beschließen? Diese kleine Maßnahme zeigt, dass Unna weltoffen ist, dass wir ein Signal der Humanität senden!“

Sebastian Laaser, SPD-Parteichef, schloss sich an.

„Wir sind keine Tagträumer“, unterstrich er. „Die finanzielle Lage ist uns sehr wohl bewusst. Aber als Sozialdemokratie KANN ich keine andere Argumentation in die Waagschale werfen als die humanitäre. Im Übrigen auch als Katholik.“



SPD-Stadtverbandsvorsitzender Sebastian Laaser. (Foto RB)

Laaser schlug sodann vor, die Zahl der Sonderaufnahme (die im Antrag noch offen war) auf „bis zu 5“ festzulegen.

Klaus Göldner stellte im Anschluss einen Antrag zur Geschäftsordnung (GO) und erbat ein Statement von Bürgermeister Kolter. Dieser wies ihn ab und erklärte auf Göldners Einwand hin etwas schnippisch, dass er seine persönliche Sicht schon noch kundtun werde, das hätte er sowieso vorgehabt. „Seien Sie mal nicht so ungeduldig.“

Dann meldete sich **FDP-Ratsherr Andreas Tracz**. „Eigentlich wollte ich mich gar nicht melden.“

Doch jetzt, nach dieser Rede von Bernd Dreisbusch, müsse er etwas dazu sagen. „Das bewegt mich.“



Andreas Tracz, FDP Unna. (Foto c/o: Stadt Unna)

„Es ist deutlich einfacher, einfacher, emotional zu diskutieren. Bitte aber auch die andere Seite sehen“, warb der Unternehmer eindringlich um eine objektive und faire Bewertung dieser schwierigen Sachlage.

Er wandte sich an Dreisbusch. „Wenn ich höre: Wir sollen den Kindern erzählen, es ist kein Geld da.“ Die Argumentation mit großen Kinderaugen erinnere an die Bilder von 2015. „Wir hatten 2015 siebenstellige Flüchtlingszahlen. Im Gefolge von 2015 habe wir jetzt Parteien, die wir alle nicht mögen.“

Wenn er das höre: den Kindern erzählen. „Bernd Dreisbusch, ich frage dich: Von welchen Kindern sprichst du? Im Jemen leben Kinder nicht im Elend. Dort sterben Kinder. Sie

sterben. Was machen wir dagegen? Eine Luftbrücke? – In Rio de Janeiro hausen hausen Kinder auf Müllkippen. Was erzählen wir diesen Kindern? Ich könnte zahllose andere Beispiele nehmen!“

Er wolle bitte nicht missverstanden werden, betonte Tracz. „Es geht mir hier nicht darum, ein Elend gegen das andere auszuspielen. Ich würde mir aber wünschen, dass der Rat künftig mehr Fingerspitzengefühl hat. Das bewegt mich!“

Rolf Beyersdorf (CDU) stellte eine pragmatische Frage. „Es war ja Leserbriefen zu entnehmen, dass Aufnahmebereitschaft besteht. Wieso gibt man nicht den Bürgern, die das privat möchten, die Möglichkeit dazu? Eine weitere Frage: Wer sucht die Kinder aus? Wer lässt all die anderen Kinder in ihrem Elend zurück?“

Werner Kolter schätzte, dies könne wohl nur mit Internationalen Hilfsorganisationen erfolgen.



Bürgermeister Werner Kolter. (Archivbild/Stadt Unna)

Er selbst, kündigte Unnas Bürgermeister abschließend an, werde für diesen Antrag stimmen. „Weil er meiner persönlichen Überzeugung entspricht.“

Der Beschluss steht der momentanen Gesetzlage des Bundes entgegen und kann deshalb derzeit legal nicht umgesetzt werden: [HIER nachzulesen](#)